

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden  
Koblen & Comp., Nr. 1288

Organ für das **werktätige Volk**

Verlagsanstalt: Buchh. Staatsbank, Dresden  
Bank der Arbeiter, Handwerker und  
Beamten, K.-O., Dresden  
Gebr. Kersch, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis: Einjährig 12 Mark, halbjährig 7 Mark, vierteljährig 4 Mark, monatlich 1 Mark. Einzelnummern 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung

Verlagsanstalt: Buchh. Staatsbank, Dresden  
Verlagsredaktion: Buchh. Staatsbank, Dresden  
Verlagsredaktion: Buchh. Staatsbank, Dresden

Abonnementspreis: Grundpreis: die 33 mm breite Monatszeitung 35 Pf., die 50 mm breite Monatszeitung 20 Pf., für auswärtige Abonnenten 40 Pf. und 25 Pf. Familienabonnenten. Ein- und zweimonatlich 40 Pf. und 25 Pf. für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 67

Dresden, Montag den 19. März 1928

39. Jahrg.

## Rebellion nationaler Auch-Arbeiter

Kampf der deutschnationalen „Arbeiterführer“ gegen die christlichen Gewerkschaften

D. Berlin, 19. März. (Eig. Funkdruck.) In der deutschen Welt am Montag wird über eine angebliche „Genügsamkeit“ der deutschnationalen Arbeiterführer berichtet. Die Sitzung soll am 10. März im Saal des Reichslandbundes in Berlin unter dem Vorsitz des Grafen Westarp stattgefunden haben. An ihr nahmen, nach der Welt am Montag, alle maßgebenden nationalen Arbeiterführer, wie der Freund des Gemeindeführers Schulz Wehrens, und der Vorsitzende des deutschnationalen Arbeitervereinsverbandes, Lambach, teil.

Im einzelnen berichtet die Welt am Montag darüber: Die Arbeiterführer betonten übereinstimmend, daß sie ihre Seite nicht mehr bei der Stange halten könnten, wenn die deutschnationalen Partei nicht umgehend und noch

vor den Wahlen ein „soziales“ Programm

annähme. Es wurde vor allen Dingen gefordert, daß man den Wahlsonntag im Prinzip amertennen solle. Weiter wurde von den Landarbeitern dringend „gebeten“, auf ein Verbot der polnischen Saisonarbeiter hinzuwirken, da durch diese Heranziehung billiger ausländischer Arbeiter die Stimmung unter den deutschnationalen Arbeitern in Ostpreußen stark beeinträchtigt würde. Ebenso wurde nachdrücklich gefordert, daß die Parteileitung von den gelben Gewerkschaften abströken solle. Als hauptsächlichster Punkt wurde dann die stärkere Berücksichtigung der deutschnationalen Arbeiter bei der Mandatverteilung vorgeschlagen.

— Graf Westarp versprach notgedrungen alles, bat jedoch einbringlich,

mit einer öffentlichen Opposition bis nach den Wahlen zu warten,

da man jetzt die Hauptagitator auf das Land verlegen müsse. Er ermächtigte aber die Herren Arbeitervertreter, ihren Organisationen in seinem Namen „wahlvollende Berücksichtigung“ aller ihrer Forderungen zu versprechen. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die Parteileitung eine Broschüre für die Wahlen vorbereite, in der die Verdienste der deutschnationalen Regierungsvertreter und die soziale Lage der Arbeitnehmer im Schwarzweißrotener Lager anschaulich dargestellt werden.

Bei dieser Versammlung wurden gleichfalls neue Richtlinien über die zukünftige Politik der nationalen Gewerkschaften aufgestellt. Hier betonte besonders der Führer des deutschnationalen Oppositionsbundes,

daß der Kampf in erster Linie gegen die christlichen Gewerkschaften geführt werden müsse,

die man zu nationalisieren habe. Man wies unter anderem darauf hin, daß die Verwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes in Berlin den Zentrumsleuten abgenommen und den deutschnationalen übertragen worden sei. Es wurde zu diesem Zwecke auch vorgeschlagen, den Kampf gegen Smbusch und Stegerwald mit allen Mitteln durchzuführen und diese bei ihren eigenen Gewerkschaften zu diskreditieren.

## Sichthoslowakischer Alltag

Von unserem Prager Mitarbeiter

Das sind so Prager Affären: da regt sich ein nationalistisches Blatt darüber auf, daß in den Prager Kaffeehäusern zu laut und rücksichtslos deutsch gesprochen wird, obwohl doch die Deutschen wissen müßten, daß sie bloß eine Minderheit im Staate sind. Da verdammt, weil der Nationalstolz der Nationalisten eine solche „Provokation“ nicht erträgt von einem Gasthausfenster die „Anfröndlung“: „Wir sprechen deutsch“, die neben dem nicht anständigen „On parle français“ und dem „English spoken“ ein paar Tage lang zu sehen war. Da ordnet der Bürgermeister Dr. Vozar an, daß die zur Berechnung der Luftbarkeitsabgabe überreichten Eintrittskarten zu deutschen Festen von nun an zweisprachigen Text haben müssen, was aber auch nur als Uebergang zur Ein sprachigkeit gedacht ist.

Dagegen wird dann in den deutschen Zeitungen wochenlang protestiert... der völkische Kleinkampf ist erbraut. Sorgen der Bourgeoisie! Trotzdem ist die von den deutschen Regierungsparteien angekündigte Annäherung zwischen den beiden Nationen in vollem Gange. Im Frühjahr gab es in Prag einen von „repräsentativen“ deutschen und tschechischen Vereinen veranstalteten Ball der tschechischen und deutschen Großbourgeoisie, an dem die bekanntesten tschechischen und deutschen Fabrikanten und Finanzleute und tschechische und deutsche Regierungsmitglieder teilnahmen. Die „Atmosphäre“, an deren Herdenerung die deutschen Minister so angestrengt arbeiten, hat sich wirklich gewandelt. Im Bürgertum und im Proletariat.

Denn der Volk, der in Prag Tagesgespräch war, fiel in eine Zeit, da eine der wichtigsten Arbeiterkategorien der Tschechoslowakei im Streik stand. Während der deutsche Arbeitsminister Spina vorzeitig die Einigungsverhandlungen verließ, um an der großen internationalen Festivität teilnehmen zu können, lagen in Nordmähren die Bergarbeiterfrauen an erkrankten Herden. Die Löhne der Arbeiter in der Tschechoslowakei sind weit hinter der Erhöhung der Lebensmittelpreise zurückgeblieben. Nur neun Prozent der Arbeiter haben ein Einkommen, das von der amtlichen Statistik als notwendig zur Fristung des Lebens einer Arbeiterfamilie gilt: 312 Kronen wöchentlich, das sind 30 Mark. Einundneunzig Prozent sind unterer Lohn. Im Jahre 1923, in der Zeit der großen Wirtschaftskrise, mußten die Arbeiter Lohnkürzungen erdulden, die fünfzehn bis fünfundzwanzig Prozent betragen. Seither ist die Krise längst überwunden, die Lebensmittelpreise sind, besonders als Folge der Folgeerhebung und der Erhöhung indirekter Steuern, beträchtlich gestiegen, die Löhne aber blieben die gleichen.

Als erste haben nun die Bergarbeiter losgeschlagen und nach dreiwöchigem Kampfe eine einmalige Ausschüttung und eine Lohnhöhung von fünf bis sechs Prozent erzielt. Sie hätten zweifellos größere Erfolge heimgetragen, wenn der einen Unternehmerorganisation nicht fünf Bergarbeitergewerkschaften gegenüberstanden hätten. Es ist schon ein Kunststück, unter solchen Umständen eine einheitliche Taktik zu erzielen. Dabei haben es die Kommunisten nicht unterlassen, in der Presse und in den Versammlungen dieselbe Taktik, der ihre Gewerkschaft zustimmte, als reformistisch und verräterisch anzugehen.

Alle Gewerkschaften einigten sich darauf, daß während des Streiks die Sicherungsarbeiten in den Bergwerken durchzuführen seien. Auch die kommunistische Gewerkschaft unterschrieb den Aufruf an die Sicherungsmannschaften, die ihnen zugewiesenen Arbeiten zu verrichten. Die kommunistischen Versammlungsredner und Zeitungsleute aber forderten zur Verstärkung des Streiks durch Zurückziehung der Sicherungsmannschaften auf und beschimpften die Arbeiter, die diesen Dienst leisten mußten, als Streikbrecher. Die kommunistische Gewerkschaftsleitung stimmte den neuen Vereinbarungen, die eine fünf- bis sechszehnjährige Lohnhöhung vorsahen, die Verlängerung der Arbeitszeit und das Prämienystem ablehnen, ohne Protest zu... die kommunistischen Politiker aber belehrten die Bergarbeiter, daß eine Verhärtung des Streiks ihnen eine bedeutend ausgiebigere Lohn-erhöhung gebracht hätte. Und daß zur selben Zeit, da die Bergarbeiter des Mladnoer Reviers, die unter kommunistischer Führung in den Kampf gingen, sich mit einer dreiprozentigen Lohnaufbesserung begnügen mußten und die Einführung des Prämienystems nicht abwehren konnten!

Die Doppelsichtigkeit der Kommunisten, die Tatsache, daß sie jedem Kampf gegen das Bürgertum ausweichen und alle ihre Kräfte zu Angriffen auf die Sozialdemokratie aufbieten, weckt immer wieder Mißtrauen im eigenen Lager. Denn wissen sich aber die Apparatsch (die Bonzen) zu helfen. Sie werfen die Oppositionellen hinaus, und wenn die Organisationen sich das nicht gefallen lassen wollen, werden die ungeschicklichen Organisationen aufgelöst. Dr. Brunn sind kürzlich die bekanntesten Führer der kommunistischen Partei ausgeschloffen worden. Diese aus der Partei hinausgeschloffenen Opposition will nun ein eigenes Tagesblatt gründen und den Kampf gegen die Apparatsch aufnehmen. Man darf nicht viel von diesem Kampf erwarten. Weder hinter der offiziellen Partei noch hinter der Opposition stehen Arbeitermassen. Jene Arbeiter, die noch vor wenigen Jahren der Führe mit dem Sowjetstern mit so großer Begeisterung folgten, sind stumpf und gleichgültig geworden, kümmern sich nicht um die täglich wechselnden Theorien

## Moskau lenkt ein?

Freilassung einiger verhafteter deutscher Ingenieure

D. Berlin, 19. März. (Eig. Funkdruck.) Die Sowjetregierung hat von den verhafteten deutschen Ingenieuren und Bauarbeitern bisher trotz dem deutschen Proteste nur drei auf freien Fuß gesetzt. Das Amt der Ingenieure Goldstein, der letztes in den nächsten Tagen Rußland verlassen wird und der Bauarbeiter Wagner, der ebenfalls die Rückreise nach Deutschland nach im Laufe dieser Woche anzutreten gedenkt. Der deutsche Ingenieur Dille wurde nur unter der Voraussetzung aus der Haft entlassen, daß er Rußland zunächst nicht verläßt und sich zur Verfügung der Gerichtsbehörden hält. Außer den drei deutschen Ingenieuren sind inzwischen auch vier verhaftete russische Ingenieure aus der Unterbringung entlassen worden. Mehr als 50 befinden sich noch zur Zeit noch im Gefängnis.

Inzwischen ist der Diplomingenieur der R.G.B. Dille, der von Moskau im Auftrag seiner Firma in Rußland gewirkt hat und der Verhaftung eines Teiles seiner Kollegen beizubohnte, in Berlin zurückgekehrt. Er schildert in einem Berliner Montagsblatt die einzelnen Vorgänge bei der Verhaftung und stellt u. a. fest, daß die politische Polizei anfänglich selbst nicht gewußt hat, warum ihr der Auftrag zur Verhaftung der deutschen Ingenieure gegeben worden war. Erst als alle deutschen Beamten und Angestellten in Moskau in den Proteststreik eingetreten waren, habe man Ursache und Zweck der polizeilichen Maßnahmen erfahren.

welchen die strengste Befragung der Verhafteten ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit gefordert wird.

Der vorläufige Abbruch der Wirtschaftsverhandlungen durch Deutschland ist nur als Folge der Verhaftungen geseheben. Doch man die Verhafteten jetzt entläßt, bestärkt die Unhaltbarkeit der Anklagen auf Sabotage. Die deutsche Regierung löst verärgert, daß sie die unterbrochenen Verhandlungen erst wieder aufnehmen werde, wenn alle Verhafteten frei und außer Verfolgung sind. Der Reichsverband der deutschen Industrie erklärt in einem Protest, daß bis zur Klärung der Angelegenheit keinerlei wirtschaftliche Hilfe in Rußland mehr erfolgen werde. Das entscheidende Wort über die weiteren Beziehungen hat also Moskau!

## Es bleibt bei Wahlwahlen

Das Reichsrichterbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger teilt mit:

Bei der Einbringung des Ergänzungsbetriebs für 1928, die am Montag am Dienstag im Reichstag erfolgen wird, wird, wie wir hören, die Reichsregierung eine Erklärung zum Wahlprogramm abgeben. In dieser Erklärung wird sie noch einmal betonen, daß ihr Standpunkt in dieser Frage unverändert ist und daß sie nach wie vor größtes Gewicht auf rasche Verabschiedung des Wahlprogramms legt.

Gegenüber anders lautenden Gerüchten erfahren wir, daß in Regierungskreisen nach wie vor daran festgehalten wird, daß die Reichswahlen nach Erledigung des Wahlprogramms im Mai stattfinden sollen. Ein späterer Termin als der Monat Mai kommt nicht in Frage.

## Märzfeier in Berlin

D. Berlin, 19. März. (Eig. Funkdruck.) Auch Berlin hat am Sonntag die 80. Wiederkehr der Märzereignisse im Jahre 1848 in würdiger Form gefeiert. Den ganzen Tag über war der Friedhof im Friedrichshain das Ziel von Tausenden. Ein starkes Aufgebot der Schutzpolizei sperrte die Zugänge zum Friedhof oft ab, da eine große Menge von ungefährl. 100000. Zahlreiche Demonstrationen der republikanischen Parteien und Vereine und der Volksgesellschaften folgten. Die großen Berliner Betriebe legten Straußspenden nieder.

Das Reichsbanner veranstaltete auf dem Platz vor dem Schloss, dort, wo vor 80 Jahren die Märzämpfe konzentriert waren, eine erhebende Gedächtnisfeier. Der Tausende von Reichsbannerleuten benötigten.

Platin, der Diktator des russischen Volkes, der für die Mißerfolge der bolschewistischen Industrie-Revolution im Donnybrosden „Schulze“ suchte und daher die russischen Ingenieure der „Reichsregierung“ verdächtigte.



## Demonstrationen gegen Deutschland

In Petersburg wurde in den letzten Tagen eine ganze Reihe von Kundgebungen gegen Deutschland veranstaltet. Man protestierte vor allem gegen den „unehrenhaften Vertrag“ der wirtschaftlichen Verhandlungen und gegen die „Verhaftung“ der russischen Ingenieure. Paraderollen darüber machten die russischen Ingenieure, die die russische Regierung in Moskau zu führen habe. Das Ende der Verhandlungen sei jeweils die Annahme von besessenen Entschloßungen, in